

ZUKUNFTS(T)RÄUME GENERATIONENGEPRÄCHE ZU OSTDEUTSCHLAND

14. APRIL 2021 | 16.00 – 19.30 Uhr digital

Protokoll von OPEN SPACE III (17:30 – 18:40)

Demokratie, Engagement und Zusammenleben in Vielfalt

Verfasserin: Stephanie Lorang

Speakerinnen:

- Karimé Diallo, Aktivistin
- Sophie Koch, Jusos Sachsen

Moderation

- Ingo Siebert, Stadtsoziologe und Leiter der Geschäftsstelle Landeskommission gegen Gewalt

Im Rahmen der Veranstaltung „Zukunfts(t)räume Generationengespräche zu Ostdeutschland“, die am 14. April digital stattfand, beschäftigte sich der „Open Space III“ mit der Frage wie sich Demokratie, Engagement und Zusammenleben in Vielfalt im Osten Deutschlands begreifen und zukünftig gestalten lassen.

Der Moderator **Ingo Siebert** blickte zuerst auf die letzten Jahre demokratischer Entwicklung im Osten Deutschlands zurück und übergab dann das Wort an die Aktivistin **Karimé Diallo**, die zurzeit als Campaign-Managerin beim SPD-Partei Vorstand in Berlin arbeitet. Karimé Diallo ist zudem im Organisationsteam von „Black Lives Matter“ Dresden sowie aktives Mitglied bei „Dresden Postkolonial“.

Um die demokratische Entwicklung Deutschlands besser zu verstehen, warf Karimé **Diallo** einen Blick auf die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, in welcher nach außen oftmals die deutsch-deutsche Wiedervereinigung als Erfolgsgeschichte erzählt wird. Doch fanden nach 1989 tatsächlich „Transitional Justice“-Prozesse und -Praktiken statt, die zu einer langfristigen „Befriedung“ des Landes geführt hätten und den gesellschaftspolitischen Umbrüchen gerecht wurden? Gab es ausreichende Wiedergutmachung und Anerkennung der Erfahrungen von Opfern der SED-Diktatur? Gab es einen Moment des „Innehaltens“, in welchem marginalisierte Stimmen gehört wurden? Nach Diallos Ansicht war genau das aufgrund des schnellen neo-liberalen Wandels nicht passiert. Ihrer Ansicht nach zeichnete sich die deutsche Bewältigungs-Kultur stattdessen durch Schweigen, Tabuisierung und Verdrängen aus. Als Beispiel nannte sie die Exklusion jener Stimmen, die schon während des SED-Regimes marginalisiert wurden, z.B. die von Vertragsarbeiter*innen. Findet

heute eine Inklusion dieser Narrative statt, so immer unter dem Begriff einer „alternativen“ Erzählung. Diese Perspektiven müssten jedoch von Anfang an als Teil einer komplexen Gesamtgeschichte begriffen werden. Gleichzeitig bekräftigte sie, dass die Inklusion von Menschen, die fast 60 Jahre in autoritären Systemen gelebt hatten, in der Erarbeitung von partizipativen Beteiligungsformen essentiell für eine demokratische Bildung und ein Zusammenleben in Vielfalt ist.

Um die Transition der deutsch-deutschen Geschichte ganzheitlich abzuschließen, plädierte Diallo schließlich dafür, mehr Raum für Emotionalität zu geben und ehrliche, emotionale Foren zum Austausch zu bieten. Mehr Möglichkeiten für einen Austausch bezog sie schließlich aber auch auf Aktivismus von verschiedenen Generationen. Hier bemängelte sie, dass aktivistische Gruppen immer wieder von Neuem anfangen würden, während wertvolles Wissen älterer Generationen verloren ginge. Als Herausforderung benannte sie darüber hinaus die unterschiedlichen Räume, in denen Aktivismus stattfindet, und damit geringere Chance für intergenerationelle Begegnung, da jüngere Aktivist_innen sich oftmals im digitalen Raum bewegten.

Als letzten Punkt bekräftigte Diallo die Notwendigkeit für Aktivist_innen nicht immer nur „gegen“ etwas zu sein, sondern auch gemeinsam „für“ eine Sache zu kämpfen.

Sophie Koch, aktiv bei den Jusos in Sachsen, die in Dresden lebt und aufgewachsen ist, näherte sich dem Gespräch aus der Engagements-Perspektive: So gäbe es eine ganze Reihe Initiativen und Jugendeinrichtungen, in denen sich Jugendliche im Osten Deutschlands regelmäßig politisch engagierten. In diesem Rahmen sprach sie mehrere Probleme an, die es gerade jungen Menschen erschwerten, sich politisch in die Gesellschaft einzubringen und plädierte stattdessen dafür, Menschen mehr Möglichkeiten der Beteiligung zu bieten. Explizit nannte sie als Lösungsstrategien eine Senkung des Wahlrechalters sowie die Loslösung der Staatsbürgerschaft an das Wahlrecht. Potential sah sie zudem in mehr kommunaler Selbstbestimmung, u.a. auch in Bezug auf die Verteilung von Budgets.

Zudem sprach sich Sophie Koch auch für mehr soziale Gleichheit in den Beteiligungsmöglichkeiten aus. Diese wären aufgrund von mangelnder Zeit, Ressourcen und Netzwerken weniger zugänglich für Menschen mit geringem Einkommen. Einen Ausweg sah sie hier in mehr Tarifverträgen, höheren Löhnen und einer besseren Absicherung von Pflege und Bildung.

Damit sich junge Menschen weiterhin engagierten, beziehungsweise das Engagement attraktiver werde, bräuchte es nach Koch außerdem ein entschlossenes Handeln gegen rechtspopulistische und rechtsextreme Kräfte. Hierbei sprach sie sich für die langfristige Förderung von Institutionen und Vereinen aus, die die Demokratie verteidigten und für einen besseren Schutz vor Gewalt von Menschen, die sich engagierten. Explizit nannte sie die Verfolgung von Gewaltdelikten - Off- und Online.

Ihr Plädoyer für die Zukunft war darüber hinaus: Weiterhin über das Ostdeutschsein reden, da viele Familiengeschichten nicht aufgearbeitet worden seien.

Aus den beiden Beiträgen der Speakerinnen entwickelte sich anschließend eine lebhafte Diskussion um die Themen „**Demokratie verteidigen**“ und „**Politische Bildung**“.

Karimé Diallo setzte beides direkt in Bezug zueinander, indem sie fragte: „Wie soll ich etwas verteidigen, das ich nie erlernt habe?“ Dabei bezog sie sich zum einen auf die Generationen im Osten Deutschlands, die tatsächlich nicht in einer Demokratie aufgewachsen waren und zum anderen auf die heutige Schulbildung, in der Selbstwirksamkeit im politischem Prozess nicht ausreichend vermittelt werden würde, worin Sophie Koch zustimmte.

Von den Teilnehmenden kamen weitere wichtige Beiträge: So wurde nochmals betont, dass generationenübergreifend nicht der Wille sich zu beteiligen fehle, sondern das nötige Wissen zur Beteiligung: Man müsse das System erst verstehen, bevor man sich selbstwirksam einbringen könnte. Weiterhin wurde darauf aufmerksam gemacht, politische Bildung nicht nur in der Schule zu verankern, sondern sie als gesamtgesellschaftlichen Auftrag zu begreifen, um insbesondere mit Menschen in Entscheidungspositionen ins Gespräch zu kommen. Auf die besondere Bedeutung von politischer Bildung in ländlichen Regionen des Ostens Deutschlands machte eine weitere Teilnehmerin aufmerksam. Sie plädierte dafür, politische Bildung so niedrigschwellig wie möglich zu gestalten, damit auch bildungsfernere Menschen ein Verständnis für Demokratie entwickeln könnten. Ansonsten hätten Rechte ein einfaches Spiel. Darüber hinaus machte sie auf die hohe Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit in ländlichen Gebieten aufmerksam und betonte die Wichtigkeit von Begegnungsstätten und Orten des Austauschs. Hier machte ein anderer Teilnehmer weitere konkrete Vorschläge: „niedrigschwellige Workshops, Holzwerken, Digitalworkshop, Naturschutz, einen Hof für alle renovieren, ein Backhaus bauen“. Auch die Förderung von Jugendzentren wurde von Teilnehmenden nochmals betont.

Insgesamt wurde von den Teilnehmenden mehrfach bekräftigt wie wichtig eine langfristige Finanzierung für Aktivist_innen und Engagierte wäre, um sich nachhaltig für die Demokratie einzusetzen. Viele beklagten neben mangelnder Sicherheit in der Projektabhängigkeit auch die Überforderung durch das Schreiben vieler Anträge. Ein Teilnehmer fasste dies mit den Worten zusammen: „Engagement, Partizipation und Demokratie braucht auch verlässliche Ansprechpartner, stabile Strukturen und verlässliche Finanzierung. Umso bedauerlicher, dass es in dieser Legislatur wieder nicht gelungen ist, das Demokratiefördergesetz auf den Weg zu bringen, wofür sich die SPD schon lange einsetzt. Es gibt noch viel zu tun!“

Zudem wurde mehrfach kritisch angemerkt, dass Engagierte und Aktivist_innen von rechten Kräften bedroht würden. So erschwerten die Anfragen der AfD die Arbeit vieler Initiativen, andere berichteten von Schmierereien an ihren Büroräumen.

Der Moderator Ingo Siebert fasste die Diskussion am Ende mit den Worten zusammen „Es gibt eine starke Zivilgesellschaft, aber auch starke Forderungen“. Neben der Forderung nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten und den Budgets zur kommunalen Selbstbestimmung, sprach er nochmals die Erzählungen der DDR-Geschichte an: Nur indem man endlich bisher marginalisierte Stimmen hörbar machte, könnte eine demokratische Kultur erlernt werden. Hierfür seien Kulturorte äußerst wichtig, um demokratische Strukturen zu stärken. Neben dem bereits diskutierten Thema „Demokratie verteidigen“ stellte Siebert am Ende die Fragen: „Wie können wir politische Bildung lehren? Wie können wir Selbstverwaltung und Selbstermächtigung erlernen?“

Der OPEN SPACE III *Demokratie, Engagement und Zusammenleben in Vielfalt* konnte hierauf bereits wichtige, erste Anhaltspunkte geben und darüber hinaus einen guten Einblick in die Arbeit von Menschen geben, die sich tagtäglich für die Demokratie und ein Zusammenleben in Vielfalt engagieren.